



BDP Landesgruppe Hessen, E-Mail info@bdp-hessen.de

1. Welche der oben genannten Schwerpunktthemen beabsichtigen Sie in der nächsten Legislaturperiode mit welchen Zielen aufzugreifen?

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|---|--|--|---|--|
| <p>Bereits in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode war uns als CDU die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Hessen ein großes Anliegen. So haben wir mit dem Gesetz zur Regelung der Hilfen und Unterbringung bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) die alte freiheitsentziehende Gesetzeslage abgelöst und eine Rechtsgrundlage für vorsorgende und nachsorgende Hilfen geschaffen. Ziel war und ist es, die Unterbringung möglichst zu vermeiden. Dabei bildet die Priorisierung ambulanter Hilfen einen Schwerpunkt. Das Gesetz räumt folglich Hilfen Vorrang vor Zwang ein. Hinzu kommt die Gewährleistung einer individuellen, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Versorgung, die auch Prävention, Begleitung und Nachsorge umfasst. Darüber hinaus wurden die Patientenrechte weiter gestärkt, indem es nun neben den Patientenfürsprechern nach dem Hessischen Krankenhausgesetz eine</p> | <p>Für uns steht die Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung an erster Stelle. Wir müssen die Bedarfe abdecken, Wartezeiten von bis zu 20 Wochen auf einen Termin sind unzumutbar. Es ist daher unumgänglich, das psychotherapeutische Angebot zu erhöhen und zwar in allen Landesteilen, gerade auch im ländlichen Raum. Wir wollen eine kleinteiligere Bedarfsplanung - das fordern wir auch für die allgemein- und fachärztliche Versorgung -, damit wir ein flächendeckendes Angebot sicherstellen können. Es ist positiv zu vermerken, dass die Reform der Psychotherapie-Richtlinie insoweit zu einer Verbesserung geführt hat, dass Erstgespräche in einem kürzeren Zeitraum möglich sind. Das kann aber eine kontinuierliche Therapie keinesfalls ersetzen. Ebenso brauchen wir dringend zusätzliche Kapazitäten in der notfallpsychologischen Versorgung. Um diese Bedarfe abzudecken</p> | <p>Wir Freie Demokraten setzen uns von jeher aufgrund unserer liberalen Grundhaltung dafür ein, dass jeder einzelne in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Deshalb gehört die Förderung von Inklusion, Integration und Partizipation zu unserem liberalen Selbstverständnis. Der Schwerpunkt liegt für uns in Hessen im Bereich der Bildung und hier insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung. Wir wollen Chancengerechtigkeit für jedes Kind dadurch erreichen, dass wir bereits in den Kindertageseinrichtungen eine individuelle Förderung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen mit einem entsprechenden Personalschlüssel einführen, denn die Grundlagen der Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes werden bereits sehr früh gelegt. Diesen Prozess wollen wir nahtlos beim Übergang in die Schule und während der Schulzeit fortsetzen, um den Prozentsatz von</p> | <p>Wir GRÜNE wollen auch in der nächsten Legislaturperiode weiterhin für eine gute gesundheitliche und soziale Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen arbeiten. Dafür haben wir bereits viel erreicht: In der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit GRÜNER Regierungsbeteiligung das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz reformiert. Wir haben das veraltete Freiheitsentziehungsgesetz endlich modernisiert und geben Hilfe statt Zwang den Vorrang. Die sozialpsychiatrischen Dienste in den Landkreisen wurden gestärkt, um frühzeitig den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen. Auch für die oft von Krieg und Gewalt traumatisierten Geflüchteten ermöglichen wir in vier psychosozialen Zentren in Hessen Unterstützung von Betroffenen bei psychosozialen Problemen. Auch in der nächsten Wahlperiode werden wir die Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen weiter</p> | <p>Ihre Schwerpunktthemen sehen wir als sehr wichtig an, damit diese Gesellschaft funktionieren kann und Menschen gesund bleiben/werden können. Inklusion beschäftigt uns im Hessischen Landtag insbesondere im schulischen Kontext. Der Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagement ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Unser Beitrag dazu ist, dass wir – zumindest dort, wo Einflüsse des Landtages bestehen – auf die Arbeitsbedingungen der Menschen hinweisen. Dabei begleiten und unterstützen wir die Gewerkschaften in ihren Anstrengungen gegen prekäre und für gute Arbeit. Im Zusammenhang mit Ihrer Profession interessiert uns insbesondere die psychotherapeutische Versorgung in der Fläche des Landes und für alle Personengruppen, die diese Hilfe benötigen. Mehrmonatige Wartezeiten sind in Krisen nicht hinnehmbar. Es muss einmal die</p> |



| | | | | |
|--|---|--|---|---|
| <p>Besuchskommission und in jeder Gebietskörperschaft eine unabhängige Beschwerdestelle gibt. Des Weiteren hat die CDU-geführte Hessische Landesregierung die psychosoziale Versorgung geflüchteter Menschen weiter verbessert und fördert seit Ende 2017 vier Beratungszentren, die sich in Hessen um traumatisierte und psychisch belastete Geflüchtete sowie Opfer von Folter und Gewalt kümmern. In der nächsten Wahlperiode wollen wir daran anknüpfen und die vorhandenen Instrumente wie die psychosoziale Prozessbegleitung für Frauen und Kinder weiter fortsetzen.</p> | <p>brauchen wir mehr Studienplätze, damit wir genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung haben. Die Verbesserung der Versorgung und verstärkte Anstrengungen in der Ausbildung wären die beiden Punkte, die wir als erstes in Angriff nehmen würden. Das bedeutet nicht, dass die anderen von Ihnen genannten Punkte unwichtig wären, auch diese werden wir berücksichtigen. So befürworten wir z.B. ein betriebliches Gesundheitsmanagement in möglichst vielen Unternehmen, können dies aber in Landesverantwortung nicht gesetzlich regeln. Wir werden aber verstärkte Förderung in diesem Bereich betreiben.</p> | <p>überforderten, frustrierten und an den Rand gedrängten Kindern so weit wie möglich zu senken. Die Inklusion behinderter und die Integration von zugewanderten Kindern wollen wir mit dieser individuellen Förderung ebenfalls realisieren. Wir orientieren uns dabei am Kindeswohl und sind deshalb davon überzeugt, dass auch Förderschulen weiterhin ihre Berechtigung haben, wenn ein Kind dort besser gefördert werden kann oder die Eltern dies wünschen. Um die Schulen frei von Gewalt und Mobbing, insbesondere Cybermobbing, zu halten, setzen wir auf die wertvolle Arbeit von Schulpsychologinnen und -psychologen, auf Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und auf verpflichtende Kurse in der Aus- und Fortbildung von Lehrern. Es ist uns ein Anliegen, Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Einrichtungen nicht nur Bildung, sondern auch Sozialkompetenz zu vermitteln.</p> | <p>stärken. Wir wollen die Angebote des „Home Treatment“ weiter entwickeln: Psychisch erkrankte Menschen können dann in ihren eigenen vier Wänden behandelt werden, statt stationär aufgenommen zu werden. Außerdem wollen wir den ambulanten und stationären Bereich stärker verknüpfen, mit dem Schwerpunkt zur Nachbetreuung. Denn psychische Krankheiten heilen meist nicht einmalig, sie kehren wieder. Der Übergang von stationären Einrichtungen zu ambulanten, regionalen Angeboten muss zudem fließend sein und hinreichende Hilfen für die Patienten bieten. Unser Ziel ist, lange Wartezeiten und Versorgungslücken deutlich zu verkürzen. Wir wollen deshalb die sozialpsychiatrischen Dienste in den Kommunen weiter stärken, damit diese in Krisensituationen auch außerhalb von Bürozeiten erreichbar sind und den stationären und ambulanten Bereich vernetzen.</p> | <p>Bedarfszahl hochgesetzt werden, von einer Überversorgung ist nicht zu sprechen. Zum zweiten muss es schnelle Möglichkeiten zur Bedarfsklärung und zum Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten geben. Dazu gehört auch der Ausbau der Studienplätze insbesondere im Masterstudiengang, um mehr qualifizierte Psycholog*innen und ausgebildete Psychotherapeut*innen zur Verfügung zu haben. Bei der Niederlassung sollte auch Wert auf interkulturelle Kompetenz und die Möglichkeit, Therapie in der Muttersprache des Klienten/der Klientin durchzuführen, gelegt werden. Gerne suchen wir mit Ihnen Möglichkeiten, diese Themen auf Landesebene stärker zu bearbeiten.</p> |
|--|---|--|---|---|



2. Welche Maßnahmen werden sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt.

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|---|---|--|--|---|
| Wir halten eine grundlegende Reform der Ausbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, welche auch die Zugangsvoraussetzungen und die Frage der Vergütung des praktischen Teils der Ausbildung löst, für erforderlich. Für eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes ist jedoch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erforderlich. Zurzeit wird durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe geprüft, die Ausbildung in Richtung einer Direktausbildung – vergleichbar mit dem Medizinstudium – weiterzuentwickeln. Sobald umsetzbare Ergebnisse vorliegen, werden wir an einer schnellstmöglichen gesetzgeberischen Umsetzung mitarbeiten. Teil dieser Novellierung muss aus Sicht der CDU Hessen auch eine angemessene Vergütung während des praktischen Teils der Ausbildung sein. | Bereits heute haben wir einen Mangel an Psychologinnen und Psychologen zu verzeichnen. Wartezeiten für eine Therapie sind lang. Die rasant steigende Zahl der psychisch Kranken können die kassenärztlich zugelassenen Psychologen in Hessen längst nicht mehr bedienen. Patientinnen und Patienten benötigen eine schnellere und evidenzbasierte Behandlung von psychischen Krankheiten. Deswegen werden wir uns für den Erhalt des Psychologiestudiums einsetzen, ebenfalls für die beruflichen Einsatzfelder und eine kleinräumigere Bedarfsabdeckung, damit die Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird. Wir wollen damit einer Unterversorgung entgegenwirken! Nicht nur in Städten, sondern gerade auf dem Land muss die flächendeckende Versorgung gewährleistet werden. Auf dem Land ist die Versorgung teilweise noch viel schlechter als in der Stadt. | Die psychischen Erkrankungen sind in den letzten Jahren stark angestiegen, während gleich-zeitig auch die Wartezeiten auf eine Behandlung immer länger wurden. Besonders gravierend stellt sich die Situation in den ländlichen Regionen Hessens dar. Es steht für uns Freie Demokraten außer Frage, dass die Bedarfsplanung angepasst und die psychotherapeutische Versorgung verbessert werden muss. Deshalb ist es für uns auch selbstverständlich, im Rahmen unserer parlamentarischen Möglichkeiten darauf zu achten und unseren politischen Einfluss auf die Hochschulen nutzen, damit es keinesfalls zu einem Abbau von Psychologiestudiengängen kommt. | Wir halten eine Reform des Psychotherapeutengesetzes für längst überfällig. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene sieht vor, die Novellierung der Ausbildung der bisherigen psychologischen Psychotherapeuten in Form einer Direktausbildung abzuschließen. Dafür ist eine enge Abstimmung des Bundes mit den Bundesländern notwendig, damit bundeseinheitliche Qualitätsstandards sichergestellt werden können. Dringenden Regelungsbedarf sehen wir insbesondere bei der Vergütung und Refinanzierung von Psychotherapeutinnen und -therapeuten in der Ausbildung. Bisher ist aber leider kein Gesetzesentwurf auf Bundesebene bekannt, aus dem wir landespolitische Maßnahmen bzgl. des Psychologiestudiums ableiten können. | DIE LINKE unterstützt den kommenden Direktstudiengang Psychotherapie. Viele Studierende haben Psychologie mit der Absicht gewählt, später als Psychotherapeutin oder Psychotherapeut zu arbeiten. Dieser Bedarf an Studienplätzen wird dann durch den neuen Studiengang gedeckt werden. Der Andrang auf den Studiengang Psychologie ist anhaltend sehr hoch. DIE LINKE fordert, dass sich die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen diesem Bedarf anpassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kapazitäten in der Psychologie im Rahmen der Landeshochschulplanung erhalten bleiben. |



3. Wie werden Sie die schulpsychologische Versorgung verbessern?

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|--|--|--|--|--|
| <p>Unter Regierungsverantwortung der CDU hat die Zahl der Schulpsychologen aufgrund kontinuierlich steigender Stellen im Haushalt einen neuen Rekordwert in Hessen erreicht. Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde dabei auch kurzfristig auf die geänderte Bedarfslage reagiert und durch eine Nachsteuerung die Zahl der Schulpsychologen an die neuen Herausforderungen angepasst. Im Haushaltsjahr 2018 konnten im Rahmen eines Maßnahmenpaketes für die Grundschulen zudem acht zusätzliche Stellen für die Schulpsychologie ausgewiesen werden, so dass sich die Gesamtstellenzahl nunmehr auf 114 beläuft. Im Vergleich dazu waren im Jahr 2007 – bei rund 70.000 Schülern mehr – erst 79 Schulpsychologen im Dienst. Als CDU werden wir auch weiterhin ein am Bedarf orientiertes Stellenkontingent für Schulpsychologen sicherstellen und im Falle geänderter Rahmenbedingungen darauf auch künftig haushaltstechnisch reagieren. Zur wirkungsvollen und effizienten Unterstützung der pädagogischen</p> | <p>Auch die schulpsychologische Versorgung muss verbessert werden. Kinder- und Jugendpsychologinnen und -psychologen sind ebenfalls ausgebucht und können kaum Therapieplätze anbieten. Gerade die Unterstützung von Kindern – auch im Setting Schule – ist wichtig, um Schulprobleme, aber auch Entwicklungs- und persönliche Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und Hilfen anzubieten. Um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen sowie Lehrkräfte von nicht unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten, werden wir die Schulen mit multiprofessionellen Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler Verantwortlichkeit ausstatten.</p> | <p>Hessen, NRW und Berlin sind in der schulpsychologischen Versorgung verhältnismäßig gut aufgestellt. Wünschenswert wäre zwar ein Betreuungsschlüssel von 1:5000 Schülerinnen und Schülern, doch Hessen hat mit einem Betreuungsschlüssel von 1:7660 eine relativ solide Basis, die durch sozialpädagogische Fachkräfte ergänzt wird. Es ist uns Freien Demokraten bewusst, dass der Unterstützungsbedarf der Schulen in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Wir werden uns deshalb in der nächsten Legislaturperiode für eine Entlastung der Lehrkräfte auf verschiedenen Ebenen einsetzen: zum einen wollen wir wieder für mehr Lehrkräfte insbesondere an den Grundschulen sorgen, andererseits aber auch für deren notwendige Unterstützung von Sozialpädagog/innen und Schulpsycholog/innen.</p> | <p>In Zeiten, in denen Schulen mit immer komplexeren Anforderungen konfrontiert werden, nimmt auch die Bedeutung der Schulpsychologie mit ihren Angeboten zur Beratung, Prävention und Intervention zu. Für die zusätzlichen Aufgaben brauchen unsere Schulen zusätzliche Unterstützung. Um die Schulen im Umgang mit den gestiegenen Herausforderungen besser zu unterstützen, haben wir bereits 2017 das Kompetenzzentrum Schulpsychologie eingerichtet und im Doppelhaushalt 2018/19 24 zusätzliche Stellen für Schulberatung und Schulpsychologie geschaffen. Wir GRÜNEN wollen Schulen, in denen Schulpsychologinnen und -psychologen, sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam arbeiten, um mit ihren spezifischen Kompetenzen die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den Beteiligten weitergehen.</p> | <p>Es ist für DIE LINKE wichtig, psychische Belastungen in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen zu erkennen und zu reduzieren. Der gestiegene Leistungsdruck, die sich weiter spreizende soziale Schere, Integration und Inklusion, Mobbing von Schülerinnen und Schülern – für viele Herausforderungen an Schulen sind Psycholog*innen wichtige Ansprechpartner*innen und auch Problem-Detektoren. Schulsozialarbeit und schulpsychologische Versorgung müssen ausgebaut werden. Die Landesregierung hat beschlossen 24 Schulberater bzw. -psycholog*innen neu einzustellen. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Lehrkräfte benötigen dringend mehr Unterstützung durch psychologische Fachkräfte. Kinder und Jugendliche sind heute viel stärker psychisch belastet. Lehrkräfte brauchen Beratung, hier muss es Möglichkeiten geben die Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien auch die Hilfe andere Institutionen zu unterstützen. Inklusion benötigt Fachkräfte unterschiedlicher Profession, die an</p> |



| | | | | |
|---|--|--|--|--|
| Aufgaben der Schulen soll zudem die fach- und berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit der Schulaufsicht, der Schulpsychologie und der Fachberater verstärkt werden. | | | | den Schulen gleichberechtigt zusammenarbeiten. DIE LINKE hat in Hessen die Einstellung von 250 Schulpsycholog*innen gefordert. |
|---|--|--|--|--|



4. Wie werden Sie Integration von Zuwanderern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|--|--|--|--|--|
| <p>Stabilität und Verlässlichkeit sind die Markenzeichen der CDU – gerade in Zeiten, in denen neue Herausforderungen unsere Gesellschaft fordern. Wir setzen uns für gegenseitigen Respekt, für Toleranz und ein friedliches Miteinander der Nationen, Kulturen und Religionen in Hessen ein. Aber auch für klare Regeln und deren Einhaltung. Das gilt für Einheimische, wie für jene, die neu zu uns gekommen sind. Unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur sind kein beliebiges Angebot, sie sind die Grundlagen eines erfolgreichen Zusammenlebens. Hessen ist schon heute Pionierland konkreter Integrationsmaßnahmen in den verschiedensten Feldern. Mit der Fortschreibung des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben wir die Mittel ab 2017 von 4,6 Mio. auf 8,85 Mio. Euro erhöht. Die Palette reicht von Integrationslotsen über spezifische Angebote an Mädchen und Frauen bis zur Förderung von gemeinnützigen Migranteninstitutionen. Diesen Weg</p> | <p>Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen möglichst frühzeitige und individuelle Förderung, damit Benachteiligungen erst gar nicht entstehen. Wir wollen die Eltern einbeziehen und mehr Lehr- und Erziehungsfachkräfte mit Migrationshintergrund einstellen. Wir müssen interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit verstärkt nutzen. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen mehr Unterstützung bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbesondere beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss erleichtert werden. Wir werden extremistisches Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit konsequent bekämpfen, wir nehmen nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind. Dazu braucht es eine handlungsfähige Polizei und Justiz, die konsequent durchgreift,</p> | <p>Die Integration von Zuwanderern ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Bereits zu Beginn des Flüchtlingszustroms haben wir Freie Demokraten im Landtag mehrere Anträge gestellt, die das Ziel hatten, möglichst frühzeitig die Weichen für eine gelingende Integration zu stellen. Darüber hinaus setzen wir uns seit mehr als einem Jahrzehnt für ein Einwanderungsgesetz ein, das einen einfachen und transparenten Ordnungsrahmen für Zuwanderung schafft und gleichzeitig auch eine Brücke für abgelehnte, aber gut ausgebildete Asylbewerber bietet, so dass diese in den Regelbereich der regulären Zuwanderung wechseln können. Da die Sprache der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration darstellt, wollen wir die Sprachförderung über den Beginn einer Berufstätigkeit hinaus ausweiten. Ein besonderes Gewicht messen wir auch den Integrationskursen und der Wertevermittlung bei, denn nur wenn dies gelingt und auch in ausreichendem Maß zur Verfügung steht, kann den Vorbehalten der Bevölkerung begegnet werden.</p> | <p>Migration ist für uns Realität. Zunehmend sprechen Menschen von ihrer multi- oder transnationalen und kulturellen Identität. Für uns ist klar: Wir wollen eine gelungene Integration. Jeden Tag leben und arbeiten Millionen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund respektvoll und konfliktfrei miteinander. Sie wollen ein gutes Leben für sich und ihre Familien. In den meisten Fällen werden die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger Arbeit finden und sich aktiv in der Gesellschaft einbringen, z.B. als Fachkräfte, als Ehrenamtliche und hier notwendige Aufgaben übernehmen. Eine wichtige Voraussetzung für das gleichberechtigte Leben ist eine gleiche Sprache – und nicht zuletzt eine gemeinsame Wertebasis. Dazu gehören die Regeln unseres Grundgesetzes sowie die Anerkennung von Vielfalt in unserer Gesellschaft. Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir GRÜNE werden uns konsequent für eine erfolgreiche Integration einsetzen. Dort, wo es weitere Unterstützung über die regulären sozialstaatlichen</p> | <p>Hessen ist seit Jahrhunderten von Ein-, Aus- und Durchwanderung geprägt. Es leben Staatsbürger*innen aus 200 verschiedenen Nationen hier, etwa 30 Prozent haben Migrationshintergrund. Die gleichberechtigte Partizipation aller in Hessen lebenden Menschen ist für uns schon seit langem eine politische Aufgabe. Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Migrant_innen eröffnet und jeder Form der Ausgrenzung entgegentritt, damit alle Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft teilhaben können. Damit wird der Diskriminierung auf allen Ebenen entgegengewirkt. Konkret wollen wir erreichen, dass alle dauerhaft in Hessen lebenden Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft an allen Wahlen teilnehmen können, Strukturen und Netzwerke, die bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen, müssen ebenso gestärkt werden wie</p> |



| | | | | |
|---|---|---|--|---|
| <p>wollen wir weiter konsequent beschreiten. Oberste Priorität für eine gelingende Integration ist jedoch der Gebrauch der deutschen Sprache. Wer dauerhaft bei uns leben möchte, muss deutsch sprechen können. Als Vorreiter für verpflichtende Deutschkurse werden wir in Hessen dieses zentrale Instrument der Integration weiter stärken. Integrationspolitisch sinnvoll sind des Weiteren erfolgreich etablierte Familienklassen, wie z.B. im Lahn-Dill-Kreis. Kinder und ihre Eltern gehen dort an einem Vormittag pro Woche gemeinsam zur Schule. Wir wollen die Einführung einer Familienklasse in Form eines Schulversuchs durch das Land Hessen finanziell unterstützen, wenn eine Grundschule dies wünscht und die Voraussetzungen vor Ort dies zulassen. Darüber hinaus wollen wir die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt weiter steigern und für Unternehmen Anreize schaffen, entsprechende Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt wollen wir die Ausländerbeiräte, die seit Jahren unter zurückgehender Wahlbeteiligung leiden, zu Integrationsausschüssen bei den Gemeindevertretungen fortentwickeln. Schließlich wurden im</p> | <p>damit der soziale Frieden gewährleistet bleibt. Hessen ist ein weltoffenes und demokratisches Land, in dem rechtsextreme Parolen keinen Platz haben.</p> | <p>Fremdenfeindlichen Ressentiments werden wir als liberale Partei entgegentreten und keine Auseinandersetzung in Debatten scheuen.</p> | <p>Hilfen hinaus braucht, wollen wir bis 2025 folgende Punkte verwirklichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden den ersten Hessischen Integrationsplan weiter entwickeln. • Wir wollen ein Förderprogramm „Deutsch für alle“. • Wir wollen die Ausbildungs- und Arbeitsprogramme für Geflüchtete weiter verbessern und noch mehr berufsbegleitende Sprachförderung einsetzen. • Wir werden mit einer unabhängigen Verfahrensberatung alle ausländischen Personen bei der Klärung ihres Aufenthaltsstatus beraten. • Wir wollen unsere Programme noch stärker daraufhin überprüfen, dass sie auch für Frauen und Mädchen mit Migrations- und Fluchthintergrund attraktiv sind. • Wir werden mit den WIR-Integrationszentren in allen Kommunen Anlaufstellen für Integrationsangelegenheiten schaffen. • Wir wollen unsere Maßnahmen in einem Integrationsgesetz zusammenführen. | <p>Selbstorganisationen von Migrant_innen. Wir brauchen ein Landesantidiskriminierungsgesetz und flächendeckende Beratungsangebote sowie Rechtshilfe. Chancengleichheit muss durch frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Der herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges Schulfach angeboten werden. Ausländische Berufsqualifikationen müssen leichter anerkannt und ein ausreichendes Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen geschaffen werden. Auch die Landesverwaltung muss sich interkulturell öffnen. Migrant*innen brauchen einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege. Die freie Religionsausübung für alle Religionen sichergestellt werden. Es müssen mehr reguläre Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu gehört der Familiennachzug, der erleichtert werden muss. Allerdings brauchen wir auch einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen und deutschen Asylpolitik. Statt Abschreckung von Geflüchteten und</p> |
|---|---|---|--|---|

| | | | | |
|---|--|--|--|--|
| <p>Bereich der Antidiskriminierung verschiedene Maßnahmen beschlossen. Konkrete Hilfe bei Diskriminierungen, Beratung, Aufklärung und Prävention, enge Kooperation mit privaten und kommunalen Anbietern, aber auch die Ausrichtung von Fachtagungen, Auswertung von wissenschaftlichen Studien sowie die Erarbeitung des Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt sind Schwerpunkte der seit Januar 2015 eingerichteten Antidiskriminierungsstelle.</p> | | | | <p>Aufrüstung an den EU-Außengrenzen wollen wir eine an Menschenrechten orientierten Aufnahme politik, die Menschen Perspektiven bietet. Menschen in Not müssen legal und sicher einreisen können und unter menschenwürdigen Bedingungen aufgenommen werden. Eine solche Asylpolitik muss begleitet werden von einer Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft. Eine langfristige Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit hängt eng mit dem Vorgesagten zusammen. So lange Menschen mit Migrationshintergrund als Menschen zweiter Klasse mit weniger Rechten und weniger Möglichkeiten gelten, so lange wird es auch Menschen geben, die der Meinung sind, sich über diese herausheben zu können. Fremdenfeindlichkeit wird aktuell besonders durch Einlassungen von Politiker*innen geschürt, die die Illusion einer homogenen Gesellschaft nähren, die das Land noch nie hatte. Es wäre viel sinnvoller die Energie in die Verständigung unterschiedlicher Gruppierungen zu stecken und Vorurteile abzubauen als Drohszenarien aufzubauen. Gleichzeitig erfahren Menschen, dass sie sozial abgehängt werden.</p> |
|---|--|--|--|--|



| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| | | | | <p>Deshalb ist eine soziale Offensive, die beispielsweise dafür sorgt, dass Menschen von ihrer Arbeit und ihrer Rente leben können, erforderlich. Aktuell haben wir eine Situation, dass Beschlüsse gefällt werden, die für Menschen mit Fluchthintergrund, bezüglich der Aufnahme in Europa, der Rettung aus See- und anderer Not, der Familienzusammenführung, der sozialen Situation und dem Verbleib in Deutschland zu großen Problemen führt. Rechte Kräfte können sich erfolgreich wähnen, wenn sie diese politischen Maßnahmen auf ihren Protest zurückführen. Das stärkt Fremdenfeindlichkeit und rechte bis zu faschistischen Organisationen. Die Geschichte des NSU hat deutlich gezeigt, dass es auch in Hessen verfestigte und militante Neonazi-Strukturen gibt, eine Tatsache, auf die viele Menschen schon lange hingewiesen haben, was durch die Landesregierung aber jahrelang kleingeredet und verharmlost wurde. Auch der hessische Untersuchungsausschuss zeigte den institutionellen Rassismus auf, der dazu führt, dass Hinweisen nicht oder nicht ausreichend nachgegangen wurde. Rechte Gewalt und rechter Terror müssen ernstgenommen und wirksam von staatlicher Seite</p> |
|--|--|--|--|--|



| | | | | |
|--|--|--|--|---|
| | | | | <p>bekämpft werden. Dazu müssen auch Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus innerhalb von Behörden getroffen und dort stärker für rechte Gewalt sensibilisiert werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zur Demokratieförderung, Gewaltprävention und gegen Rassismus sowie Aussteiger-programme wollen wir stärker fördern. Orte der Erinnerung müssen erhalten werden. An den Schulen sollen die Nazi-Zeit und der Holocaust nicht nur im Unterricht eine wichtige Rolle spielen, Ziel sollte sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal im Laufe seiner Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte oder einen anderen Ort der Erinnerung besucht hat, damit sich Jugendliche pädagogisch betreut und inhaltlich gut aufbereitet, mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzen können. So können Jugendliche „immunisiert“ werden gegen neofaschistische Bestrebungen. Rassismus und die Gefahr von rechts lassen sich nur durch breite zivilgesellschaftliche Mobilisierungen zurückdrängen, dafür beteiligen wir uns an breiten gesellschaftlichen Bündnissen, lokal vor Ort und überregional wie bei „Aufstehen gegen Rassismus“.</p> |
|--|--|--|--|---|



5. Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|--|---|---|--|---|
| <p>Stress ist allgegenwärtiger Bestandteil unseres Alltags. Stress kann zu komplexen psychischen, körperlichen und sozialen Auswirkungen führen und ist entsprechend ein Risikofaktor für die Entstehung und Aufrechterhaltung zahlreicher psychischer, psychosomatischer und somatischer Störungen. Folgerichtig hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Stress zu „einer der größten Gesundheitsgefahren des 21. Jahrhunderts“ erklärt. Stressbewältigung ist ein zentrales Thema zur Behandlung von neuen, nicht übertragbaren Krankheiten, wie Übergewicht, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Wir als CDU werden deshalb auch weiterhin die Krankenkassen auffordern, bei der Entwicklung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention die Sachkunde der Psychologinnen und Psychologen konsequent einzubeziehen. Mit der Unterzeichnung der Landesrahmenvereinbarung (LRV) zur Umsetzung des Präventionsgesetzes in Hessen</p> | <p>Psychologische Gesundheitsförderung und Prävention haben für uns einen großen Stellenwert. Gesundheitsförderung und Prävention haben positive Effekte und können Krankheiten vermeiden, frühzeitig erkennen und behandeln, Problemsituationen können deeskaliert werden. Wir erreichen somit eine Verbesserung der Gesundheit und die Steigerung der Resilienz, daher befürworten wir eine stärkere Beteiligung der Psychologinnen und Psychologen an der Gesundheitsförderung und der Prävention.</p> | <p>Globalisierung und Digitalisierung haben in den letzten Jahren die Arbeitswelt grundlegend verändert und dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Erwartungen an die Mobilität und Flexibilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gestiegen, während sich zu-gleich die Arbeitsabläufe zeitlich verdichtet haben. Die Lebensarbeitszeit wird sich künftig mit der Lebenserwartung der Menschen verlängern, so dass es immer wichtiger wird, mit präventiven Maßnahmen physischen und psychosozialen Krankheiten vorzubeugen. Gesundheitsförderung und Prävention werden zunehmend zu einem gesellschaftlich wichtigen Aufgabenfeld, denn es gilt, durch Früherkennung, Frühbehandlung und der frühzeitigen Begegnung von Krankheitsursachen, der Verfestigung und Chronifizierung von Krankheiten entgegen zu steuern. Durch das bereits vermehrte Auftreten von psychosozialen Problemen und Erkrankungen in unserer Gesellschaft, wird sich unser Gesundheitssystem neu ausrichten</p> | <p>Psychologinnen und Psychologen sind in vielen Bereichen für die Gesundheitsförderung und Prävention aktiv – sei es in den Personalabteilungen, in sozialen Beratungsstellen, als psychologische Psychotherapeuten in Praxen oder im Coaching. Das betriebliche Gesundheitsmanagement nimmt z.B. einen immer höheren Stellenwert ein, auch um die zunehmenden psychischen Belastungen, denen Beschäftigte ausgesetzt sind, entgegenzuwirken. Oft übernehmen Psychologinnen und Psychologen hier wertvolle Aufgaben, wie Seminare für Stressabbau etc. Wir GRÜNE wollen uns weiter dafür einsetzen, Prävention und Gesunderhaltung in allen Lebensbereichen zu verankern und weiterhin Projekte fördern, die sich dies zum Ziel setzen.</p> | <p>Der psychischen Gesundheit wird in Zukunft immer größere Bedeutung zukommen. Die Ursachen sind vielfältig und reichen von der begrüßenswerten Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen über Determinanten von psychischer Gesundheit bei der Verhältnisprävention in den Lebenswelten bis hin zu den Auswirkungen prekarierteter Arbeitsbedingungen. Der ohnehin weite Einsatzbereich von Psychologinnen und Psychologinnen wird sich absehbar weiter vergrößern, gerade auch in der Gesundheitsförderung und Prävention. Wir fordern, Gesundheitsförderung stärker auf soziale Determinanten von Gesundheit auszurichten. Die heutige Ausrichtung, primär auf das individuelle Gesundheitsverhalten Einfluss zu nehmen, halten wir für falsch. Wie können die psychischen Auswirkungen von Fließband- oder Schichtarbeit gemindert werden? Welche psychischen Folgen hat die digitalisierte Arbeit und wie kann sie sinnvoll reguliert werden? Wie</p> |



| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| wurde mit den Partnern am 1. April 2016 ein klares Bekenntnis für den wichtigen Stellenwert von Gesundheitsförderung und Prävention und somit auch der Psychologen geäußert. Damit wurde in Hessen eine Struktur geschaffen, die die Entwicklungen einer gemeinsamen hessischen Präventionsstrategie ermöglichen wird. | | müssen. Inwiefern es künftig einer gesetzlichen Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention bedarf, muss zunächst untersucht und beraten werden. | | können Städte so gestaltet werden, dass negativer Stress und psychische Belastungen etwa von älteren Menschen reduziert werden? Das sind Beispielfragen, in denen Psychologinnen und Psychologen eine wichtige Rolle spielen können. |
|--|--|--|--|--|



6. Befürworten Sie die Aufnahme von Psychologen als Freiberufler in die Liste der sogenannten Katalogberufe des § 13 Einkommensteuergesetz? Während z.B. Heilpraktiker ohne Studium aufgeführt sind, müssen Psychologen umfangreiche Nachweise führen.

| CDU | SPD | FDP | BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN | Die Linke |
|--|---|--|---|---|
| <p>Bei Psychologen oder anderen Personen, die therapeutisch tätig werden, kann nicht ohne Weiteres von einer freiberuflichen Tätigkeit ausgegangen werden. Aus diesem Grund sind weitere Nachweise zu führen. Es ist denkbar, dass auch eine gewerbliche Tätigkeit vorliegt, wenn z.B. ein Psychologe auf anderen Gebieten als der Therapie tätig wird, z.B. als Gerichtsgutachter oder als Werbeberater. Eine pauschale Aufnahme kann daher nicht erfolgen, sondern die wissenschaftliche Ausbildung und der Nachweis, dass die Tätigkeit einem Heilberuf gleichkommt, müssen erbracht werden. Beim Einkommenssteuergesetz handelt es sich um eine bundesgesetzliche Regelung. Die CDU plant derzeit jedoch keine entsprechende Initiative, an der bisherigen Vorgehensweise Änderungen herbeizuführen.</p> | <p>Es handelt sich offenkundig um einen kleinen Schreibfehler, der Katalog findet sich in § 18 EStG. Beim Einkommensteuergesetz handelt es sich um ein Bundesgesetz, auf das wir keinen direkten Einfluss haben. Wir würden die Aufnahme von PsychotherapeutInnen begrüßen und werden eine entsprechende Anregung an unsere KollegInnen der Bundestagsfraktion herantragen.</p> | <p>Das Einkommensteuergesetz unterscheidet in § 18 Abs. 1 Nr. 1 drei freiberufliche Tätigkeitsgruppen: die selbständige Tätigkeit der im Gesetz aufgezählten Katalogberufe, die den Katalogberufen ähnlichen Berufe und Tätigkeitsberufe in Gestalt der wissenschaftlichen, schriftstellerischen, unterrichtenden, künstlerischen und erzieherischen Tätigkeit. Die Abgrenzung zur gewerblichen Berufsausübung ist sehr diffizil und hat weniger etwas mit der Art der Ausbildung zu tun, als mit der sich daran anschließenden Art und Weise der Tätigkeit. Die Prüfung, ob eine rein freiberufliche Tätigkeit vorliegt, obliegt dem zuständigen Finanzamt. Eine Aufnahme in die Liste der Katalogberufe hingegen gehört in die Kompetenz des Bundes.</p> | <p>Das Einkommenssteuergesetz gehört ausschließlich zur Gesetzgebung des Bundes. Die angesprochene Frage lässt eine Ungleichbehandlung vermuten. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir hier als Landespartei bisher keinen Fokus gesetzt haben. Für weitere Fragen diesbezüglich können Sie sich gerne an die Bundepartei wenden.</p> | <p>§ 18 Abs. 1 EStG listet die so genannten Katalogberufe zur steuerrechtlichen Einordnung als Freiberufler*innen auf. Mit der Formulierung "...und ähnlicher Berufe" in Verbindung mit deren Konkretisierung mittels Verwaltungsanordnung (BMF-Schreiben 22.10.2004, IV B 2 - S 2246 - 3/04) werden auch Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen analog zu den Katalogberufen des § 18 Abs. 1 EStG behandelt. Höhere Nachweisanforderungen betreffen Psycholog*innen ohne therapeutische Zusatzausbildung. Deren Tätigkeit ist nach der derzeitigen Regelung nur dann freiberuflicher Natur, wenn im Einzelfall eine Ähnlichkeit mit einem der im Gesetz aufgeführten Heilberufe feststellbar ist oder wenn eine wissenschaftliche, schriftstellerische, unterrichtende</p> |



| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| | | | | <p>oder erzieherische Tätigkeit vorliegt. DIE LINKE betrachtet die Unterscheidung zwischen gewerblicher und nichtgewerblicher selbständiger Tätigkeit weder als zeitgemäß noch als ökonomisch sinnvoll und plädiert dafür, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindeförderungsteuer weiterzuentwickeln. Hier sollten aus unserer Sicht alle wirtschaftlichen Akteure, die kommunale Infrastruktur in Anspruch nehmen, beteiligt werden, also auch die freien Berufe. Das führt nicht grundsätzlich zu einer höheren steuerlichen Belastung der steuerpflichtigen Angehörigen der Freien Berufe. Unterstützend wirkt diesbezüglich ein angemessener Freibetrag für Freiberuflerinnen und Freiberufler. Diesen bleibt bei Einbeziehung in die Gewerbesteuer grundsätzlich die Möglichkeit, Gewerbesteuerzahlungen an die Gemeinde mit ihrer Einkommensteuerschuld zu verrechnen.</p> |
|--|--|--|--|--|